D-1 Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

Solidarität mit Israel und seiner Bevölkerung!
Am 07.10. hat die islamistische Terrororganisation Hamas, der Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und ggf. weitere, kleinere Gruppen einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist*innen. Durch diesen Angriff sind bereits weit über 1.000 in Israel lebende Menschen gestorben - wie viele Opfer es genau gegeben hat, weiß man noch nicht. Hunderte Menschen werden weiter vermisst, weil sie als Geiseln entführt wurden. Dieser brutale Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei all den Betroffenen, den Freund*innen, den Familien, den Hinterbliebenen. Unsere Gedanken sind bei all den Jüdinnen*Juden in Deutschland und weltweit, die in diesen Tagen noch mehr als ohnehin schon ihre eigene Sicherheit bangen.

Die islamistische Hamas hat und hatte nie die „Befreiung Gazas“ oder die „Befreiung Palästinas“, sondern nur die Auslöschung alles Jüdischen - oder was sie dafür halten - zum Ziel. Dieser Vernichtungsantisemitismus ist grauenhaft und findet in uns die größte Gegnerschaft. Im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung und als Antifaschist*innen sind wir solidarisch mit der israelischen Bevölkerung und Israel als Schutzraum jüdischen Lebens. Israel hat das Recht, seine Bevölkerung zu schützen, sich gegen diese Angriffe zu verteidigen und die Geiseln zu befreien.

Die perfide Strategie der islamistischen Feinde Israels
Die Hamas verwendet die Bevölkerung in Gaza als menschliche Schutzschilde. Sie positionieren ihre Stützpunkte in Schulen und Krankenhäusern und nehmen in Kauf, dass viele unschuldige Menschen sterben. Die Terroristen und ihre ideologischen Ziehväter aus dem Mullah-Regime im Iran wollen, dass dieses Leid und Bilder davon entstehen, um Israel dafür verantwortlich zu machen. Die Hamas verhindert, dass Menschen in Sicherheit gebracht werden, um diese für Propaganda gegen Israel zu verwenden.

Unschuldige Palästinenser*innen sollten nicht wegen des Terrors der Hamas, des Islamischen Dschihad und schlussendlich auch des Mullah-Regimes leiden müssen und sterben.
Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich und seine Bevölkerung zu verteidigen. Mit diesem Recht geht auch die Pflicht einher, sich an internationales Recht und Abkommen zu halten. Die Palästinensische Bevölkerung hat gemäß der Osloer Veträge ein Recht auf Leben und Selbstbestimmung innerhalb der autonomen Gebiete. Deshalb muss im Kampf gegen die Hamas der Schutz aller Zivilist*innen, die humanitäre Hilfe der Menschen in Gaza und die Rückkehr in die Autonomen Gebiete in Nord-Gaza so weit wie möglich gewährleistet werden.

Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Gaza
Wir sind solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die seit Jahren unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und gerade jetzt instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden Palästinenser*innen, die in den letzten Tagen verletzt wurden, gestorben sind oder sich nun auf der Flucht befinden. Infolge der israelischen Blockade von Strom, Wasser und Treibstoff hat sich die humanitäre Lage in den letzten Tagen immer weiter verschärft. Der Zugang zu Wasser, Medikamenten, lebensnotwendigen Waren und humanitärer Hilfe muss deshalb dringend gewährleistet werden. Wir begrüßen, dass die EU nun eine Luftbrücke zur Versorgung der Menschen in Gaza eingerichtet hat und erwarten von allen in der Region nun maximale Bereitschaft dazu, die humanitäre Situation zu verbessern. Außerdem braucht es jetzt dringend sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen alle in der Region eine Verantwortung.

Das ist kein Widerstand, das ist Terror!
Mit der Invasion und den grausamen Nachrichten und Bildern zeigt sich deutlich: Frauen sind und waren immer wieder der Kriegsgewalt ausgesetzt. Diese Form frauenfeindlicher, sexueller Kriegsgewalt ist nicht dem Islamismus vorbehalten. Dennoch stellen sich die Israel angreifenden Islamisten damit in die Tradition von islamistischen Organisationen wie al Qaida oder Daesh (auch ”islamischer Staat” genannt).

Die Hamas und der Islamische Dschihad sind in ihrer islamistischen Ideologie zutiefst menschenfeindlich. Frauen, queere Menschen, marginalisierte Gruppen oder religiöse Minderheiten und politischer Gegner*innen werden durch grauenvolle Gewalt unterdrückt.

Die Hamas nutzt diese grauenvollen Angriffe auf Israel, um die Friedensverhandlungen von Israel mit den arabischen Staaten zu sabotieren. Die Hamas will mit diesem Angriff den Geldfluss zu ihren Machteliten sichern. Und die Hamas setzt mit diesem Angriff auch den Willen des iranischen Regimes um. Der Terror der Hamas soll eine friedliche Beilegung der Konflikte verhindern.
Wir verurteilen diesen Terror aufs Schärfste! Wir sind in Solidarität mit den Palästinenser*innen, die sich für eine nachhaltige friedliche Koexistenz mit

Israel frei vom Einfluss des islamistischen Mullah-Regimes und jihadistischer Gruppen einsetzen.

Solidarität grenzenlos!

Wir wissen, dass die Situation in Israel immer auch Auswirkungen auf Jüdinnen*Juden weltweit hat. Wenn Israel attackiert wird, dann ist der Weg zu brennenden Israel-Flaggen und Angriffen auf jüdische Einrichtungen weltweit nicht weit. Mit Sorge beobachten wir eine Zunahme von Anfeindungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen auf Jüdinnen*Juden und Synagogen.Wir erwarten, dass Jüdinnen*Juden in Deutschland in den nächsten Tagen und Wochen ganz besonders und effektiv geschützt werden.

Wir weisen Rassismus entschieden zurück!

Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf diejenige, die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feiern, nun in den letzten Tagen immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt wurde, ist schäbig: In Deutschland lebende Muslim*innen kollektiv zu unterstellen, die Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch. Auch die nun zunehmenden Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus bekämpft man nicht, indem man sich an rassistischen Scheindebatten beteiligt.

Versammlungsfreiheit wahren - Antisemitismus entschieden ahnden!

Wenn Menschen hier in Deutschland pauschal für ihre Trauer um die Menschen im Gazastreifen und ihre Solidarität mit Palästinenser*innen kriminalisiert werden, schafft das weitere Nährboden für islamistische Radikalierung. Wir erwarten von den Behörden hier, dass in der aktuelle Situation stets im Einzelfall abgewogen wird, ob Demonstrationen stattfinden können oder verboten werden. Klar bleibt jedoch, dass jegliche Form von Antisemitismus und Volksverhetzung nicht geduldet werden darf und dass entsprechende Vorfälle unterbunden und geahndet werden müssen.

Es ist richtig, dass die Bundesregierung Israel unterstützt: finanziell, humanitär und auch militärisch. Etwa 200 Menschen sind gerade in Geiselhaft der Hamas. Deutschland muss sich für die Rettung der Geiseln einsetzen. Das Auswärtige Amt muss Menschen aus Israel mit Angehörigen in Deutschland bei der Einreise unterstützen.

Die Bundesregierung muss alles in der Macht Stehende tun, um die Finanzierung islamistischer Organisationen - von den Hamas über die Hisbollah bis hin zum Regime im Iran - ein für allemal auszutrocknen. Dazu gehört für uns auch die Schließung des islamischen Zentrums in Hamburg und des Zentrum der Islamischen Kultur Frankfurt. Es ist gut, dass ein Betätigungsverbot die PFLP-Vorfeldorganisation “Samidoun” auf den Weg gebracht wird, der Bundeskongress

erneuert in diesem Kontext außerdem die Forderung des Länderrates nach einer Einstufung der iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation sowie einer Beschlagnahmung jeglichen Vermögens, das mit Personen in Verbindung steht, die den Revolutionsgarden zugeordnet werden können.

Frieden, Demokratie und Verständigung im Nahen Osten wird es langfristig nur geben können, wenn sich prodemokratische, friedensorientierte und das Existenzrecht Israels anerkennende Palästinenser*innen gegen die Hamas durchsetzen können. Wir erwarten deshalb von der EU und von der Bundesregierung, dass Gelder für Projekte und Institutionen in den palästinensischen Gebieten an Organisationen fließen, die nachweisen, dass sie weder Hass noch Gewalt dulden und für eine Normalisierung mit Israel einstehen. Die Gelder sollen der Zivilbevölkerung zugutekommen, nicht islamistischen Gruppen. Außerdem müssen sich die Lebensbedingungen für die Palästinenser*innen langfristig verbessern, denn Armut und Perspektivlosigkeit sind ein Nährboden für Extremismus.

Die Kürzungen im Bundeshaushalt umfassen auch Mittel für Demokratieförderung, wie die von HateAid, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Amadeo Antonio Stiftung. Diese Kürzungen dürfen nicht vorgenommen werden! Im Gegenteil braucht es massive Investitionen, auch in Bildungsprojekte gegen israelbezogenen Antisemitismus und Projekte zum Austausch zwischen Menschen in Deutschland und Israel. Darüber hinaus braucht es weiterhin Geld für Projekte, die den Dialog von Betroffenen mit unterschiedlichen, persönlichen Bezügen in den Nahen Osten, die in Deutschland leben, fördern.

Wir nehmen wahr, dass die jüngsten Geschehnisse im Nahen Osten viele Mitglieder sehr umtreiben und viel Gesprächsbedarf dazu besteht. Der Bundesvorstand macht sich Gedanken über Formate von Bildungsarbeit zu den aktuellen Geschehnissen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, die ausreichend Raum für Dialog und unterschiedliche Perspektiven geben.

Wir verweisen überdies auch auf unseren Beschluss "Nein zu jedem Antisemitismus" vom 49. Bundeskongress.

Wir stehen für universelle Menschenrechte - egal wo, egal für wen!
Gegen die Feinde der befreiten Gesellschaft und hoch die internationale Solidarität mit Israel!